

KPÖ (O) - Kurt Landau u.a. - Deklaration zur gegenwärtigen Krise in der Opposition,
[April 1928]

5 Seiten, Faksimile

Deklaration zur gegenwärtigen Krise in der Opposition.

I. Die Diskussion über die Perspektiven der russischen Revolution hat scheinbar plötzlich tiefgehende Differenzen in der Führung gezeigt. Am 7. März 1923 war die Diskussion über die Perspektiven der russischen Revolution nach dreiwöchentlicher (3 Sitzungen) Dauer soweit, dass innerhalb des Pol-Büro zwei klar ausgearbeitete Auffassungen bestanden: die der Mehrheit, vertreten durch die Gen Mayer, Landau, Daniel und Kuba, und die der Minderheit vertreten durch Frey und Stift. Am 10. März wurde, im Sinne einer geheimen Vereinbarung zwischen Frey, Stift und Perl, nach einer persönlichen Verlärnungskampagne gegen die Mehrheit des Polbüros auf einen Antrag Stifts (im PV) das Polbüro um 6 Genossen erweitert. In der ersten Sitzung des erweiterten Polbüros wurde mit Hilfe der neuen Majorität beschlossen, nach einer kurzen Diskussion bei der die neuen Polbüromitglieder nicht einmal die schriftlichen Thesen durchgelesen hatten, die Anträge Frey anzunehmen, d.h. die Diskussion im Polbüro als beendet zu erklären. Das alte Mitglied des Polbüros Gen Thoma schloss sich den Auffassungen der alten Mehrheit an. Durch diese Fraktionellen Unterdrückung und Täuschungsmanöver konnte Gen. Frey zwar im Polbüro die Mehrheit an sich reißen, vermag mit diesen mechanischen, unqualifizierbaren Mitteln, aber nicht darüber hinwegzutäuschen, dass seine Auffassungen falsch & unmarxistisch sind, noch vermag er die Tatsache aus der Wlt zu schaffen, dass seine Auffassungen sich in allen entscheidenden Fragen seit einerinhalb Jahren als falsch und unmarxistisch erwiesen, die Politik und Taktik der Partei wurde, mit Ausnahme des 15. Juli nicht von Frey bestimmt, sondern im steten Kampfe gegen seine opportunistischen Auffassungen von der Mehrheit des alten Polbüros.

II.

Die erste grosse politische Differenz innerhalb der gegenwärtigen oppositionellen Gruppe entstand IX/X 1926. Damals war die Opposition verbündet mit der Gruppe Toman-Kotitschoner. Anlässlich des verschärften Auftretens der russischen Opposition stellte Frey den Antrag, die russische und deutsche Opposition zu verurteilen. Gen Landau beantragte, die Eröffnung einer Diskussion zu fordern. Schliesslich kam es zu einem faulen Kompromisantrag der einstimmig angenommen wurde, in dem es heißt, dass auf Grund der Kenntnisnahme des bisher veröffentlichten Materials (in der Inprekor!) die österreichische Opposition die deutsche und russische Opposition verurteile. Die Differenz Frey-Landau, wurde damals, da es notwendig war, gemeinsam gegen den Kapitalantenflügel Toman-Kotitschoner zu kämpfen, zurückgestellt. Sie tauchte mit aller Schärfe nach dem Ausschluss der österr. Opposition aus der Partei auf & führte zu einer latenten Diskussion von März bis Oktober 1927. Im Oktober, nach den Erfahrungen in China und England, nachdem die Stellungnahme des EKKI zum 15. Juli die bisherige Position Frey: "Die Politik des EKKI ist richtig, aber über Österreich ist es falsch informiert" zertrümmert hatte, nachdem die diversen Schritte Frey, bei den deutschen Brandlerianern Unterstützung zu finden (Brief an Böttcher etc.) endgültig gescheitert waren, schloss sich Gen Frey den Auffassungen der russischen Opposition an. Im November 27 machte er noch einen Versuch, die sichtbar werdende Spannung zwischen dem Trotzky- und Sinowjewflügel zu einer Intrige gegen die deutsche Opposition zu benützen. In einer Unterredung mit einem führenden Funktionär der Sowjetmission in Wien, einsmeister von Wien versetzten Anhänger Trotzkys, erklärte Frey, im offenen Widerspruch zu den Auffassungen der Mehrheit des Polbüros, dass die österreichische Opposition der deutschen Opposition das grösste Misstrauen entgegenbringe; diese eigenmächtige Erklärung Freys erfolgte, da er, wieder im offenen Gegensatz zur Mehrheit des Polbüros, annahm, die deutsche Opposition werde mit Sinowjew kapitulieren.

III.

Die zweite politische Differenz bildet die Einschätzung der Politik der österr. KP. Frey vertrat und vertritt den Standpunkt, dass die Politik der KPOe im Wesen "ultralinks" sei. Die Mehrheit des Polbüros ist der Auffassung, dass die Politik der KPOe im Wesen "rechts" sei. Diese Differenz kam in der Stellungnahme zu den Ereignissen des 15. Juli in schärfster Weise zum Ausdruck. Gen Frey hatte damals Gelegenheit, die Taktik der Opposition zu bestimmen. Während Frey in Wien die Parole herausgab "weg mit Schober" F., gab gleichzeitig Landau in Klagenfurt die Parole heraus: "Buldet keine bürgerliche oder Koalitionsregierung" "Heraus mit dem Kampf für die Arbeiter & Bauernregierung". F (Frey: "Weg mit der Mörderegierung") Die Taktik der KPOe wurde von Frey auf Grund der in legalen und illegalen Flugblättern herausgegebenen Parolen als "ultralinks" bezeichnet. Ein genaueres Studium der Flugblätter beweist aber das gerade Gegenteil. Nicht "ultralinks" war die Haltung des ZK der KPOe, sondern halb sozialdemokratisch

Das Flugblatt des ZK der KPOe fordert nicht einmal zum Sturz der Regierung auf, sondern zur "Beseitigung der Faschistenzentrale auf der Universität", "Kommunalisierung der Polizei". Die von Frey aufs schärfste angegriffene Parole "errichtet sofort die Diktatur des Proletariats" hat das ZK der KPOe niemals herausgegeben. Im illegalen Flugblatt vom 16. Juli heißt es vollkommen richtig "Kämpft für die Arbeit und Bauernregierung". So hat die in der Wurzel falsche der KPOe durch G. Frey dazu geführt, dass in der einzigen Situation, wo er die Politik der Opposition ungestört bestimmen konnte, die Haltung der Opposition sowohl in der Aktion als gegenüber dem ZK der KPOe falsch und opportunistisch war. IV.

Die entscheidende politische Differenz zwischen Gen. Frey & der Mehrheit des alten Polbüros bildet die Stellung zur Sozialdemokratie. Bei den Nationalratswahlen 1927 (24.IV.) Landau, Daniel gemeinsam die Position, die Opposition solle dem ZK der KPOe vorschlagen, eine durchdachte Einheitsfronttaktik durchzuführen; konkret lautete der Vorschlag, trotz Ablehnung des Angebotes an die SP solle das ZK unter Aufrechterhaltung der Kritik und Durchführung selbständiger Propaganda für den Kommunismus sozialdemokratisch stimmen. Die Opposition aber sollte, wenn das ZK diesen Vorschlag ablehne, für die KPOe stimmen. Diese Auffassung war innerhalb der Opposition nicht durchzusetzen & so wurde gemeinsam & einheitlich beschlossen, die Wahlkampf "Wählt sozialdemokratisch durchzuführen". Die Mehrheit des alten Polbüros war der Auffassung, dass die Taktik am 24. April nur ein Manöver unter ganz aussergewöhnlichen Umständen darstelle. Zwei Monate nach dem 24.IV. kam es in der Frage der allgemeinen Taktik bei Wahlen gegenüber der SP zu einer sehr schweren Differenz. In der Industriegemeinde Voitsberg, die von der SP verwaltet wird, kam es zu Gemeinderatswahlen. Gen Frey setzte es damals im PV durch, dass der LOK.-Org. Voitsberg der Opposition empfohlen wurde, wenn es ihr möglich sei eine eigene Liste aufzustellen - sozialdemokr. zu stimmen. Gegen diese opportunistische Taktik wandte sich die Mehrheit des alten Polbüros, die unterstützt von einigen Genossen des PV gegen die Taktik stimmte. Die Haltung der Majorität als in einer mündlichen Erklärung (abgegeben d. Landau) wurde die Haltung der Majorität als offenkundig rechte opportunistisch und liquidatorisch bezeichnet. Die Folge des opportunistischen Beschlusses des PV war, dass die Voitsberger Organisation, die keine eigene Liste aufstellen konnte, nicht für die SP stimmte, sich aber monatelang von der Opposition zurückzog. Die Ungültigkeitserklärung der Voitsberger Gemeinderatswahlen, ermöglicht es gegenwärtig, den schweren Fehler vom Juni zu verbessern. Auf Antrag des Gen Daniel beschloss das Polbüro, der Voitsberger Org. zu empfehlen, ohne Angebot an die SP mit eigener Liste in die Wahl zu gehen. Die tiefgehende Differenz in der Stellung zur SP zieht sich wie ein roter Faden durch die Beratungen des Polbüros & der Redaktion. Sie begann damit, dass Frey von der KP her die schematische Auffassung brachte die Frage unserer "Stellung zu einer soz.-dem. Alleinregierung" sei das entscheidende Gegenwartsproblem des Österreichischen Kommunismus. / Als die Opposition nahe den Wahlen, vor der Frage der organisat. Selbständigkeit stand, bildete die Frage des Namens ein entscheidendes Problem. Im Polbüro vertrat Stift die Auffassung, man könne mit Kommunismus in Österreich nichts anfangen, man müsse eine Unabhängige SP oder eine Sozialistische Arbeiterpartei gründen. Frey rührte sich dieser Auffassung, indem er den Standpunkt vertrat: eigene Partei, aber nicht sozialistisch und nicht kommunistisch im Namen; womöglich bolschewistische Partei. Damgegenüber vertrat Landau & Daniel den Standpunkt, die Opposition sei und bleibe ein Teil der Komintern, sie könnte daher keinen andern Namen führen, wie Kom.-Partei (Opposition). Diesem Standpunkt mussten sich schliesslich sowohl Stift als Frey anschliessen / Im Aufruf der Partei zur Gründungsreichskonferenz vom 22. Mai wurde auf Antrag Landau, der Gegensatz zwischen uns und der SP als ein Gegensatz der in Bildung begriffenen finanziellen Klassenpartei des Proletariats zur liberalen, kleinbürgerlichen u. Volkspartei definiert. In der Folge wurde und wird diese richtige Definition des Gegensatzes von Gen Frey in einer nicht kommun. Weise interpretiert. Anstatt Politik, Strategie & Programm der SP aufs schärfste zu bekämpfen, das Herabsinken der SP zu einer bürgerlichen konkret: kleinbürgerlichen Volkspartei aufzuzeigen, gefüllt sich Gen Frey darin, die soz.-dem.-Taktik als richtig vom Standpunkt des Kleinbürgers, aber als unrichtig vom Standpunkt der reinen, besonderen Klasseninteressen des Proletariates erklären zu. Der Standpunkt Freys ist nicht revolutionär, nicht leninistisch, sondern eine betrachtende, passivistische. Die Achse seiner Argumentation in Versammlungen bildet der Hinweis auf die soziale &

Materialle Lage der SP Führer, und die Forderung als "garantie" gegen die Entartung einer Arbeiterpartei zur Volkspartei "Arbeitspitzenähnle für Parteiführer einzuführen. Die Mehrheit des alten Pol-Büros ist der Auffassung, dass die Kommunisten die SP nur unterstützen können "wie der Strick den Gehängten." Frey dagegen geht häufig davon aus, die SP als kleineres Spiel zu betrachten. In der Frage der ehrlichen Einheitsfronttaktik nähert sich Frey branderistischen Gedankengängen. Eine tiefgehende Differenz bildet die Frage, welche Stellung unsere Gruppe gegenüber der SP-Opposition einnehmen müsse. Im September vertrat Frey & der die Verbindung mit der SP-Opposition als persönliches Monopol betrachtet und dem alten Polbüro kategorisch genauere Information verweigert (siehe Weigelsdorf) - die SP Opposition werde sich, zumindest ihre Spitze um Frau Dr. Polany, zu uns entwickeln (bedingungslos). Das Polbüro konnte weder diese Auffassung überprüfen, noch konnte Einfluss auf die Entwicklung der SP-Opposition nehmen - da Frey die Verbindung ungestrichen monopolisierte. Tatsache ist, dass die ideologische Entwicklung der SP-Opposition seit ihrem Flugblatt rückläufig ist. Die in der ersten Nummer ihres Wochenblattes entwickelten Auffassungen, sind tief unter dem Niveau des seinerzeitigen Flugblattes, sie sind verschwommen zentralistisch. Wenn die SP-Opposition auf diesem Niveau verbleibt, wird ihre objektive Wirkung, nicht wie Frey meint - radikalisierend sein, sondern dämpfend. Sie wird wenn sie sich nicht radikal innerlich klärt, die revolutionären Arbeiter nicht von der SP weg, sondern in dem Sumpf des Bauerschen Zentrismus führen. Die Auffassung, die Gen. Frey in der Redaktionsitzung vom 12. März vertrat, nämlich die Abgrenzung der Opposition vom Reformismus sei richtig, sie habe den Klassencharakter der SP erfasst, diese illusionäre und absolut falsche Einschätzung müsste Gen. Frey fallen lassen. Der für die Nr. 23 auf Beschluss der Redaktion von Gen. Frey geänderte Artikel kommt der richtigen Einschätzung der SP-Opposition, nahe, ohne aber in allen Punkten richtig zu sein. V.

Einen latenten Gegensatz zwischen Gen. Frey und der Mehrheit des alten Polbüros bildet die Einschätzung der Rolle der Führung einer Komm.-Partei. Frey steht auf dem Kautsky'schen Standpunkt, die Führung müsse so operieren dass sie die Mitgliedschaft stets hinter sich habe. Von diesem unlenistischen Standpunkt ausgehend hat z.B. Gen. Frey durch mehr als ein Jahr die Aufröllung der russischen Frage mit dem Hinweis abgelehnt, in dieser Frage könnten sich Differenzen und damit Abspaltungen ergeben. Vollkommen unmarxistisch ist die Auffassung Freys vom Führungsproblem noch in anderer Beziehung. Frey hat den Standpunkt, den er seinerzeit in den Fraktionskämpfen offen vertrat, nicht aufgegeben; und der lautet: Der Kern ist der Führer. Um ihn gruppiert sich die Führungsgruppe. Durch die bedingungslose Treue der Führungsgruppe gegenüber dem Führer wird die Führungsautorität aufgerichtet. Ein Ausfluss dieser ösäristischen Idee, ist die Auffassung Freys, dass zu Lebzeiten Lenins, die Hegemonie des Proletariats in Russland (bei rückläufigem Verlauf der Revolution) in der Form der personalen Diktatur Lenins möglich gewesen wäre. Dies e für Gen. Frey so charakteristische Auffassung steht im Brummbaumsgesetze krassen Widerspruch zu allem Lehren des Marxismus, sie ist ein Rückfall in die flachste bürgerliche Denkweise, sie führt politisch zum Bonapartismus. Die Mehrheit des alten Polbüros vertrat stets mit aller Energie die Auffassung, dass ein neuerlicher Versuch Freys, seinen alten Standpunkt vom "Führer an sich" zu beziehen, die schwersten Folgen nach sich ziehen müsse. In kameradschaftl. & kommunist. Weise kämpfte die Mehrheit des Polbüros, die aufflackernden Versuche Freys, die Partei auf das Niveau einer Freyfraktion zu bringen. Es besteht kein Zweifel, dass dieses Verhalten des Polbüros von dauerndem Erfolg begleitet worden wäre, wenn es nicht Gen. Stift durchkreuzt hätte.

Das Polbüro war oftmals gezwungen, sich mit der Frage Stift zu beschäftigen. Alles was in dieser Hinsicht von Gen. Frey vor einigen Wochen im Polbüro, im PV, in der Exekutive sitzung von XVI festgestellt wurde, war richtig und besteht heute noch zu Rechten. Frey vertart den Standpunkt, dass die Ausmerzung Stifts aus der Partei ein Zentralproblem der Führung darstelle. Als unpolitisches, ausschließlich von machtpolitischen, sitzen und ehrgeizigen Bestrebungen erfülltes Element, bilden Stift eine dauernde Gefahr für die Partei. Mit Recht betonte Gen. Frey, dass Gen. Stift alle politische Rückständigkeit der alten Partei widerspiegle & durch seine Taktik, seine Lügen & seinen Unzuverlässigkeit, die Partei disorganisiere und demoralisiere. Gen. Frey sprach sich aber im Hinblick darauf, dass Gen. Stift in die delikaten, illegalen Fragen eingeweiht sei, für eine allmähliche Ausschaltung Stifts aus, da bei einem plötzlichen Bruch Gen. Stift der Partei grossen Schaden zufügen werde. Sowohl der PV, wie das Polbüro, aber auch die Exekutive von XVI billigte einstimmig diese Auffassung. Auf der anderen Seite war das Polbüro mehrmals gezwungen, die Auffassungen des Gen. Stift über den Gen. Frey abzulehnen. Ausgehend von den rüden, oftmals unqualifizierten

4

umgangsformendes Gen Frey charakterisierte Gen Stift - Gen. Fey als ein antiproletarisches Element, das mit den Interessen der Arbeiterklasse Schindluder treibe. Das Polbüro war einmal bereits gezwungen, sowohl Gen Stift wie Frey eine scharfe Rüge wegen ihrer unqualifizierbaren Umgangsformen zu erteilen. Knapp vor Beginn der internationalen Diskussion stellte Gen. Frey fest, dass Polbüro müsse bei allen seinen Handlungen scharf darauf sehen, dass Gen Stift durch seine sichtbare Rachsucht die Arbeit nicht gefährde. Eine Woche später, nachdem Gen Stift in der Diskussion einen unklaren & zweideutigen Standpunkt eingenommen hatte, erfolgte der gemeinsame, fraktionell organisierte Vorstoß Frey-Stift. Die Mehrheit des alten Polbüro sieht in dieser Vernunftfehle einen verwerflichen, prinzipienlosen Block zum Schaden der Partei; sie wird ihn als solchen mit aller Schärfe bekämpfen. Gestrichener Absatz: VI.

Auf der Basis dieser latenten undakuten Differenzen entwickelte sich die Diskussion über die Perspektiven der russischen Revolution. Im Verlauf dieser Diskussion verteidigt Gen Frey Aufassungen, die in krassem Widerspruch zu den Aufassungen des Marxismus und zum Standpunkt der Trotzkygruppe stehen. Den Fehler der Maoistischen Perspektive "Auf Grund der konkreten Kräfteverhältnisse werde die proletarische Diktatur nur im Bürgerkrieg von den russischen bürgerlichen Kräften beseitigt werden können" baut Frey zu einem starren absoluten Gesetz auf, dass er folgend formuliert: "Solange ein bewaffneter Aufstand den Sowjetstaat nicht zerschlägt, kann er überhaupt prinzipiell nichts anderes sein als der Staat der proletariischen Diktatur" die Formale nicht klassenwisseige Erfassung der Begriffe "Bürokratismus", "Untartung", das Unvermögen das Rolle der sich bildenden zweiten bürgerlichen Partei zu erfassen, führen Frey in den Sumpf Kleinbürgerlicher Auffassungen. Das Zweifeln daran, ob man überhaupt von einer rückläufigen Bewegung der russischen Revolution sprechen könne führt Frey objektiv auf die schiefen Ebene der Kapitulation „oder-zumindest-eine-Safarawachen-Hinzusetzung“ -- bis hierher gestrichen VII. "Das Neue in der gegenwärtige Lage sind nicht die schweren, ideologischen Abirrungen Freys. Diese existierten seit jeher. Das Neue, das die Krise heraufbeschwor, ist der unstatthaft e Versuch Freys, seinen falschen Auffassungen, mit denen er, wie in der Vergangenheit, in der Minderheit blieb, mit fraktionellen Mitteln durchzudrücken. Die fraktionellen Methoden können die Atmosphäre der Partei der Partei vergiften. Sie können zu Unterdrückungen und zu Zersetzung führen. Aber eines vermögen sie nicht: Den Marxismus zu widerlegen. Gen Frey hat seit Beginn unserer Arbeit stets wenn auch widerstreitend, wenn auch mit Seitensprüngen, sich überzeugen lassen, oder er glaubt sich zumindesten geflirt. Der neue Kurs den er seit 7. März einschlägt, droht unsere ohnehin schwache Gruppe zu zerschlagen; Vergewaltigungsnotoden, sind Spaltungsmethoden, fraktionelle Mittel sind Spaltungsmittel. Gestrichener Absatz: Gelingt es dem Gen Frey, die Diskussion zu verhindern, Beschlüsse gegen die Mehrheit des alten Polbüros durchzudrücken, Beschlüsse von Genossen zu fordern, die noch gar keine Gelegenheit hatten die entscheidenden Probleme im die es geht, näher kennen zu lernen, so wird das der Ausgangspunkt sein, für eine schwere innere Krise der Säterr Opposition. Denn mit diesen Mitteln lässt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen: dass die Aufassung des Gen Frey über die Perspektive der russischen Revolution allen Grundgesetzen des Marxismus-Leninismus ins Gesicht schlägt.

Die plötzliche Kursänderung, die Gen Frey am 17. März vornahm, ändert nichts an dem Gesagten. Das Nachgabem Freys, die plötzliche Zulassung einer gründlichen Diskussion, zeigt nur die absolute Unhaltbarkeit seiner mechanischen hyperstalinistischen Vergewaltigungsmethoden. Er markte, dass alle persönliche Verhältnisse nicht ausreichen, um solche unehörte Massnahmen den Mitgliedern des PV genießbar zu machen. Aber das allein erklärt nicht das Einlanken Freys. Was er befürchtet und was ihm erst spät zu dämmern begann, das ist, dass die deutsche Opposition von ihm Rechenschaft zogen sei-ner menschewistischen Haltung am 15. Juli verlangen wird. Bei dieser Ge-gehnheit muss ausdrücklich festgestellt werden, dass Gen. V. obgleich Politik/soziale Verantwortlichkeit! Der eigentlich Sinn der weichen behutsamen Tonart, die Gen Frey gegenwärtig einschlägt liegt aber darin: Frey bereitet die Spaltung vor. Um seine opportunistische, schwankende unmarxistische Politik, die er bisher mit Ausnahme des 15. Juli - nur vorschlagen, nicht aber durchführen konnte, zu ermöglichen, will er den linken Flügel, die marxistisch-leninistische Mehrheit des alten Polbüros beseitigen. Er ist sich klar, dass er für ein derartiges liquidatorisch-stalinistisches Manöver ziemliche eine überzeugte Mehrheit finden wird; darum versucht er die Notwendigkeit der Spaltung politisch zu begründen indem er uns seine leninistischen Auffassungen als objektiv "kontrarévolutionär" und "menschewistisch" bezeichnet. Kein Zweifel: Wenn die lenini-

stische Linie als konterrevolutionär erklärt wird dann ist sowohl eine Zusammenarbeit mit uns "konterrevolutionären" ausgeschlossen.
Wir werden uns nicht provozieren lassen. Wir erklären:

Das Spaltungsmäntel Freys stellt politisch eine Rebellion d. es Opportunismus gegen die leninsche Linie dar. Wir werden den Opportunismus, und den prinzipienlosen Block der ihn vertritt, ebenso bekämpfen wie seine Spaltungstendenzen.

IX. Die Differenzen sind gross. Gefährlich wäre es aber sie zu überstreben. Differenzen zwischen der Mehrheit des alten Polbüros und Gen. Frey hat es immer gegeben. Wohl ist die gegenwärtige Differenz die tiefste aller bisherigen. Es ist klar, dass die Auffassungen Freys unrichtig sind. Das soll Frey offen und ehrlich zugeben.

Wir wollen mit Frey zusammenarbeiten. Wir sind tief davon überzeugt, dass bei ehrlichem Willen über alle Differenzen hinweg Zusammenarbeit möglich sein wird. Was der Partei nottuft, ist die Fortsetzung der Arbeit in der Form, wie sie bis zum 7. März sich vollzog. Und das möglich sein, wenn das Vertrauen das die Mehrheit des alten Polbüros genoss, wiederhergestellt wird. Im Interesse der Partei muss das möglich sein. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit den Verdacht ab, als wollten wir die Fehler Freys benützen, um ihn auszuschalten. Wir sind davon überzeugt, dass die Partei die Fähigkeiten und die Arbeitskraft des Gen. Frey braucht und so scharf wir auch kämpfen müssen so scharf wir auch kämpfen müssen gegen die Fehler und Irrtümer des Gen. Frey. Wir werden alles tun, um ein komradshaftliches und vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Gen. Frey zu ermöglichen.